

KZBV · UNIVERSITÄTSSTRASSE 73 · 50931 KÖLN

An den Bundesminister der Justiz
und für Verbraucherschutz
Herrn Heiko Maas, MdB
Mohrenstr. 37
10117 Berlin

VORSTAND

Köln, 11.10.2016

» **Offener Brief**
Internetseite www.kostenfalle-zahn.de

Sehr geehrter Herr Bundesminister Maas,

» die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat vor einigen Wochen die Internetseite www.kostenfalle-zahn.de gestartet. Das neue Informationsangebot wird den Angaben auf der Startseite zufolge nach einem Beschluss des Deutschen Bundestages durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz gefördert.

Bereits der Name der Website „kostenfalle-zahn.de“ erweckt den Eindruck, die Inanspruchnahme zahnärztlicher Leistungen sei für den Patienten problembehaftet und ohne Expertenwissen nicht möglich. Die Bezeichnung intendiert, dass Zahnärztinnen und Zahnärzte ihre Patienten nicht nach bestem Wissen beraten und über die entstehenden Kosten je nach Therapiealternative aufklären. Damit wird das vertrauensvolle Zahnarzt-Patienten-Verhältnis in Frage gestellt. Patientinnen und Patienten werden regelrecht animiert, sich zu beschweren. Die Verbraucherzentrale ist scheinbar der Ansicht, nur mit vielen Beschwerden maximalen Druck auf Politik und Zahnärzteschaft ausüben zu können – unabhängig davon, ob die Beschwerden in jedem Einzelfall tatsächlich angemessen und berechtigt sind.

Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) befürwortet explizit einen transparenten Umgang mit den Kosten für zahnärztliche Behandlungen. Aus diesem Grund haben wir in den vergangenen Jahren unser eigenes Informationsangebot, das sich insbesondere an Patientinnen und Patienten richtet, umfassend erweitert und in diesem Zusammenhang immer wieder auch auf die Angebote der zahnärztlichen Patientenberatung in den Bundesländern aufmerksam gemacht (www.patientenberatung-der-zahnaerzte.de, www.informationen-zum-zahnersatz.de).

Patienten können in den zahnärztlichen Beratungsstellen im Rahmen des so genannten Zweitmeinungsmodelles unter anderem ihren Heil- und Kostenplan neutral, fachlich fundiert

und völlig kostenlos prüfen lassen. Zudem besteht bei Unstimmigkeiten im Rahmen einer vertragszahnärztlichen Behandlung die Möglichkeit, die Schlichtungsstellen der regional zuständigen Zahnärztekammern anzurufen. Mit diesem Verfahren werden in der Regel Ergebnisse erzielt, die alle Beteiligten zufrieden stellen.

Angesichts dieser bestehenden Angebote der Zahnärzteschaft sind wir sehr verwundert, dass Ihr Ministerium nun eine Plattform unterstützt, auf der aufgrund der Anonymisierung keinerlei Möglichkeit zu einer sachgerechten Überprüfbarkeit der eingereichten Beschwerden gegeben ist. Auch wird den betroffenen Zahnärztinnen und Zahnärzten nicht die Möglichkeit zur Gegenrede gegeben. Patientenbeschwerden und Anonymität sind zwar grundsätzlich legitim, die fehlende Überprüfung durch einen ausgewiesenen Experten sowie die fehlende Stellungnahmemöglichkeit des Behandlers sind allerdings gravierende Mängel.

Aus unserer Sicht befördert das Portal auf diese Weise eine gezielte und durch nichts gerechtfertigte Stimmungsmache gegen den gesamten zahnärztlichen Berufsstand. Wir möchten Sie vor diesem Hintergrund um eine Stellungnahme bitten, warum und mit welcher Intention Ihr Ministerium das Portal unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Günther E. Buchholz
Stellv. Vorsitzender
des Vorstandes



Dr. Wolfgang Eßer
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Jürgen Fedderwitz
Stellv. Vorsitzender
des Vorstandes